

Dr. Volker Külow:

Referat auf der 4. Tagung des 3. Stadtparteitages DIE LINKE. Leipzig

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, wohl selten waren die Wochen nach einer Bundestagswahl politisch so bewegt wie in diesem Herbst. Damit meine ich aber weniger den absehbaren Koalitionsschacher in Berlin, sondern die dramatischen internationalen Geschehnisse, angefangen vom vehementen Streit um den USA-Haushalt bis hin zum schrecklichen Geschehen an den EU-Außengrenzen. Ich denke, uns alle berühren vor allem die beiden Tragödien vor Lampedusa in den letzten Tagen, die mehr als 500 Menschenleben forderten. Damit sind in den letzten 25 Jahren mehr als 19.000 Bootsflüchtlinge auf der Flucht nach Europa ertrunken – eine unvorstellbare Zahl. Die politisch Herrschenden heucheln nur Mitleid und nutzen die Geschehnisse, um mit dem Überwachungssystem „Eurosur“ und dem Ausbau von „Frontex“ ein noch schärferes Grenzregime zu etablieren. Klare Worte kommen hingegen ausnahmsweise von der katholischen Kirche. Der Papst, der bekanntlich Lampedusa besucht hat, wies schon vor 14 Tagen darauf hin, dass die Migranten keine sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind, sondern Menschen die unterdrückt werden. Sie fliehen vor der „Sklaverei des Hungers“ wie es Franziskus richtigerweise ausdrückte. Die EU-offizielle Gleichgültigkeit zeigt, daß das Abendland gut weghören kann, wenn mal von der Kirche was Vernünftiges kommt. Von den Bundestagsparteien ist nur DIE LINKE mit dem Papst: sie fordert die Abschaffung der Drittstaatenlösung und Eröffnung sichere Wege zu einem fairen Asylverfahren. Auch die Leipziger LINKE unterstützt die Forderungen unserer Fraktion im Europäischen Parlament, wie sie auch in Form einer Anzeige im aktuellen Mitteilungsblatt veröffentlicht sind. Wir fordern die Regierungen der EU auf, ihre systematischen Menschenrechtsverletzungen im Rahmen ihrer europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik der militärischen Abschottung, der Entrechtung und Kriminalisierung umgehend zu stoppen. Frontex muss abgeschafft werden. Abschiebungen müssen gestoppt werden. Wir fordern offene Grenzen für Menschen in Not.

Diese Forderungen wird sicher auch unsere Bundestagsfraktion in den neuen Bundestag hineinbringen, der sich am Dienstag in Berlin konstituiert. Im höchsten deutschen Parlament gibt es bekanntlich nun ein Vierparteiensystem mit der LINKEN als drittstärkste Partei und erstmalige Oppositionsführerin, nachdem sich die Große Koalition abzeichnet. Die Linksfraktion hat sich vorletzte Woche nicht ohne erhebliche interne Auseinandersetzungen konstituiert, Gregor Gysi ist alter und neuer alleiniger Fraktionsvorsitzender. Ein 100-Tage-Programm wurde vorgelegt und der Druck auf SPD und Grüne durch fünf angekündigte Initiativen für mehr Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, darunter die Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und die Abschaffung des Betreuungsgeldes, spürbar erhöht.

Der überraschend klare Sieg von Angela Merkel und die knapp 10 Prozent für FDP und AfD bezeugen allerdings, dass die neoliberale Hegemonie in der BRD stabil ist und mit den Wahlergebnissen vom 22. September sogar noch verstärkt wurde. Im Wahlspektrum gibt es unstrittig eine Rechtsverschiebung, dazu ist die Wahlbeteiligung trotz einer enormen Medienkampagne kaum angestiegen.

Die Weichen für schwarz-rot sind gestellt. Industrie, Banken und Exportwirtschaft haben ihre entsprechenden Wünsche längst ausgesprochen. Das Signal hat auch die SPD vernommen, die in bewährter Weise bereit ist, „staatspolitische Verantwortung“ und gutdotierte Ministerposten zu übernehmen. Das einzige Problem: Sie muss ihrer noch etwas skeptischen Basis in Arbeiterschaft und Gewerkschaften vorgaukeln, wenigstens ein bisschen ihrer wahlkampfbedingten Sozialrhetorik auch umzusetzen. Es braucht also ein Bonbon: den

Mindestlohn. Selbst wenn er kommt bleibt festzuhalten: Die von der SPD geforderten 8,50 Euro pro Stunde sind zu wenig, um Armut trotz Arbeit zu beseitigen – insbesondere im Alter.

Große Koalitionen bedeuten unter bundesdeutschen Verhältnissen durchaus nicht zwingend große Schweinereien; das hatten SPD und Grüne zwischen 1998 und 2005 - ich nenne nur die Stichworte Jugoslawienkrieg und Agenda 2010 – zu bewerkstelligen. Große Koalitionen sind eher für mittlere Schweinereien zuständig, wie weiland die Notstandsgesetze oder zuletzt drastische Mehrwertsteuererhöhungen oder die Rente mit 67. Dafür ist dann mit der Wählerschaft von CDU und SPD die entsprechende Massenbasis vorhanden; etwaiges Murren im Lande lässt sich noch leichter ignorieren als sonst üblich. Es bleibt also in jeder Hinsicht stabil. Die routinemässige Spende der Quandts – alle drei rangieren unter den ersten Zehn der kürzlich veröffentlichten Liste der reichsten Deutschen – ist eine Prämie für den Merkel-Mehltau über der Republik, nicht für Einzelbestellungen wie das Verhindern einer strengeren Abgasnorm. Für Triviales lässt sich die Kanzlerin nicht kaufen, das überlässt sie der abgestraften FDP (Stichwort Mövenpick-Steuer).

Wenn man illusionslos auf die anderen Parteien, insbesondere auf die gefühlten und wirklichen Wahlverlierer von SPD, Grünen und FDP schaut, sollten man auch den Blick für eine ehrliche Wahlauswertung der LINKEN haben. Diese Analyse ist natürlich kein Selbstzweck, sondern es geht um die richtige strategische Orientierung für die künftige Arbeit und die Schlussfolgerungen für die nächsten Wahlkämpfe. Unstrittig hat DIE LINKE einen erfolgreichen und engagierten Wahlkampf geführt; wir hatten die richtige Bundeswahlstrategie und mit Gregor Gysi einen phantastisch aufgelegten Spitzenkandidaten, ohne andere - wie beispielsweise Sahra Wagenknecht - kleinzureden. Kern jeder erfolgreichen Wahlstrategie einer Partei ist bekanntlich die Mobilisierung ihrer Wählerinnen und Wähler. Dieser Forderung ist DIE LINKE auf eine insgesamt überzeugende Weise gerecht geworden, indem sie ihre Alleinstellungsmerkmale als linke Partei in den Mittelpunkt ihrer Wahlstrategie gerückt hat.

Die Bewertung des Wahlergebnisses auf Bundesebene hängt augenscheinlich grundlegend davon ab, welchen Maßstab bzw. welche Perspektive man heranzieht. Nimmt man die Wahlen von 2009 oder gar 2005 als Ausgangspunkt oder die schwere Krise der Partei ab 2010 (Stichwort Göttinger Parteitag). Ich selbst bevorzuge den Vergleich mit 2009, denn die Krise der LINKEN war selbstverschuldet und taugt daher nur bedingt zur Relativierung der Ergebnisse von 2013. Unstrittig haben wir wegen unserer inneren Zerstrittenheit in den Jahren 2010-2012 an Glaubwürdigkeit verloren; viele Enttäuschte und Empörte wandten sich von uns ab. Dank der neuen Parteiführung hat sich nicht nur unser Außenbild, sondern auch die innerparteiliche Kommunikation seit einem Jahr erfreulicherweise verbessert. Noch aber sind wir längst nicht dort, wo wir schon mal waren und wieder hinwollen.

Schauen wir uns ohne die berühmte rosa Brille einige Zahlen, wie sie auch Horst Karhs in seinem Euch vorliegenden Wahlnachtbericht darlegte, etwas genauer an:

Es gab einen Verlust von 1,4 Millionen Zweitstimmen, unser Anteil an den Bundestagsmandaten sank von 12,1 auf 10,3 Prozent.

- DIE LINKE verlor knapp 28 Prozent ihrer Wähler und damit 3,3 Prozentpunkte, zur SPD wanderten 360.000, an die AfD 360.000 und an die Nichtwähler 310.000

Es gab hohe Verluste in einer Reihe von Bundesländern: Saarland 54,8 Prozent, Bayern 42,1 Prozent, Rheinland-Pfalz 41,2 Prozent, Sachsen Anhalt 27,6 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern 25,8 Prozent;

Verlust von 12 der 16 Direktmandate

Verluste vor allem bei den Arbeitern von 18 auf 12 Prozent und bei den Angestellten von 11 auf 7 Prozent (moderaterer Rückgang bei den Arbeitslosen von 25 auf 22 Prozent). Deutliche Verluste nach DGB-Angaben auch im Gewerkschaftslager (von 17 auf 11 Prozent)

Verluste bei den 18- bis 44-Jährigen durchgängig von 12 auf 8 Prozent.

Hinzu gewinnen konnte Die Linke lediglich von der FDP (90.000). Als „Protestpartei“ von Nichtwählern wurden wir von der rechtspopulistischen AfD abgelöst. Hier wird ein strategisches Problem offenbar: mit der AfD, die in Sachsen 6,8 Prozent bei den Bundestagswahlen holte, müssen wir uns gerade mit Blick auf die Europawahl wesentlich intensiver auseinandersetzen; gegründet wurde diese Partei als rechtspopulistische Opposition gegen das regierungsamtliche Management der Eurokrise; es ist sicher eine Partei mit personellen und inhaltlichen Berührungspunkten zum Rechtsextremismus, die sich aber geschickt als Seiteneinsteiger präsentierte und die dröge Parteienlandschaft in den letzten Monaten massiv aufmischte. Der Wahlerfolg der AfD, der keine Eintagsfliege bleiben dürfte, ist eine erhebliche Herausforderung für unsere Partei, die ihre eigenen europapolitischen Positionen schärfen und den grundsätzlichen Gegensatz zur AfD deutlicher als bisher herausarbeiten muss.

Schaut man aus der Vogelperspektive auf den 22. September ist es sogar sinnvoll, das Wahlergebnis mit dem Ergebnis der Bundestagswahlen von 2005 zu vergleichen. Die Linkspartei, damals noch im Stadium der Parteibildung, trat vor acht Jahren zum ersten Mal an und erhielt mit 8,7 Prozent etwas mehr als in diesem Jahr. Aus der Sicht des Wahlergebnisses von 2013, der Veränderungen im Wählerverhalten gegenüber der Linken in den Jahren 2009 und 2005 und der Eigenheiten des diesjährigen Wahlkampfes ist folgendes bemerkenswert: Gegenüber der SPD fiel DIE LINKE nämlich wieder zurück. Die SPD konnte zwar nicht annähernd zu ihrer alten Stärke zurück finden. Sie gewann allerdings etwa 1,2 Millionen Stimmen gegenüber 2009 hinzu. Das Stimmenverhältnis von SPD und Linken lag 2009 bei 2 zu 1, im Jahre 2013 bei 2 zu 0,7 (2005: 2: 0,5).

Es gibt sicher neben den innerparteilichen Kämpfen der letzten Jahre weitere Erklärungsmuster für diese unerfreuliche Entwicklung. Man muss bei dieser Analyse auch nicht - wie ich es allerdings bin - zwingend ein Anhänger von Lafontaines Einschätzung sein, dass es gar keinen Lagerwahlkampf in der BRD gab und gibt, weil ein „Einparteiensystem mit vier Flügeln“ existiert. Aber die ständige Diskussion im Wahlkampf um eine mögliche Rot-Rot-Grün-Option hat m.E. eine nicht zu unterschätzende Rolle beim Abschneiden am 22. September gespielt. Ich will diese Auffassung auch begründen: Wir vermitteln mit der Fixierung auf die formale Sitzverteilung im Parlament und die ständige Beschwörung von einer angeblich rot-rot-grünen Mehrheit ein Bild der gesellschaftlichen und politischen Zustände, das wenig mit den konkreten Entwicklungen im Wahlverhalten, den tatsächlichen gesellschaftlichen Mehrheiten und zuletzt auch wenig mit der Wirklichkeit der kapitalistischen Machtstrukturen in diesem Land zu tun hat. Das parlamentarische System wird damit zumeist so dargestellt, als ob Regierung und Macht wesensgleich sind und ein „Politikwechsel“ lediglich einer Willensübereinstimmung der scheinbar „linken Parteien“ bedürfe. Mit den ständigen Forderungen nach rot-rot-grün wandelt sich aber sukzessive unser Erscheinungsbild: von einer Oppositionspartei, die die Systemfrage, die Eigentumsfrage und die Machtfrage stellt, hin zu einer „Regierungspartei im Wartestand“. Mit diesem Wandel ist viel Wahlpotenzial der LINKEN als Protestpartei an die Piraten und zuletzt die AfD abgeflossen.

DIE LINKE muss nach dem Wahlergebnis, angesichts ihrer neuen Stellung im Bundestag als führende Oppositionspartei und der über kurz oder lang sich weiter verschärfenden strukturellen Krise des Kapitalismus auf Bundesebene wie in den Ländern mehr denn je über

die Zusammenhänge zwischen Wahlstrategie und Gesellschaftsstrategie nachdenken. Was meine ich damit? Die Mobilisierung für progressive gesellschaftliche Veränderungen ist weitaus umfassender als die Mobilisierung für ein gutes Wahlergebnis. Eine erfolgreiche Gesellschaftsstrategie steht und fällt mit der Herausbildung von gesellschaftlichen Kräften und Mehrheiten, die in der Lage sind, progressive Veränderungen gegen die Macht des großen Kapitals und gegen die mit ihm verbundenen Medien und staatlichen Apparate durchzusetzen. Eine linke Gesellschaftsstrategie erfordert einflussreiche linken Medien und kämpferische Gewerkschaften, aber auch eine starke linke Partei mit tragfähigen programmatischen Vorstellungen. Sie verlangt von einer solchen Partei Mobilisierungsfähigkeit und eine wachsende Verankerung in der Zivilgesellschaft, in der Klasse der Lohnarbeiter, in den sozialen Bewegungen, in der Friedensbewegung usw. Davon ist DIE LINKE derzeit auf Bundesebene m.E. recht weit entfernt.

Zu den wichtigsten Lehren der Bundestagswahl gehört, dass man die politische Stimmung hinsichtlich der Akzeptanz der amtierenden Regierung illusionslos und ohne jedes Wunschdenken beachten muss. Wenn man wie SPD und Grüne eine Koalitionsaussage ins Zentrum der Wahlstrategie rückt, ohne dass eine Wechselstimmung in der Bevölkerung und damit eine Mehrheitschance vorhanden ist, hat man ein Glaubwürdigkeitsproblem. Ich will diesen Aspekt noch etwas vertiefen und das in einer Weise, wie ich es noch in keiner Wahlauswertung der Partei gelesen habe. Die seit mehreren Jahren wirkende Finanz- und Wirtschaftskrise hat nämlich längst auch die Köpfe von Millionen Menschen erfasst. Plattitüden, Allgemeinplätze, Stammtischparolen und falsche Analogieschlüsse finden sich nicht nur in den Medien, sondern auch im Denken weiter Teile der Bevölkerung. Und aus diesem Giftcocktail steigt die Angst vor dem sozialen Abstieg oder gar dem Absturz auf, die wiederum immer mehr irrationale Reaktionen hervorruft. Ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt, dass vor allem Kleinbürger und gewerblicher Mittelstand in Krisenzeiten gern auf die Radfahreremethode zurückgreifen: nach oben buckeln und nach unten treten. Man spürt es im gesamten Land im Umgang mit dem Flüchtlingsthema und auch in Leipzig beim Stichwort Asylbewerber oder Moschee in Gohlis: wenn relevante Teile der Mittelschicht einen Wohlstands- und Statusverlust befürchten, wächst die Gefahr, dass sich Ausgrenzungsideologien wie Rassismus, Nationalismus und Sozialdarwinismus in der Gesellschaft ausbreiten und am Ende durchsetzen. Hier ist der Nährboden für die von mir schon erwähnte Rechtsverschiebung im Wahlverhalten am 22. September 2013, die nur deshalb rein zahlenmäßig im Bundestag nicht zum Tragen kam, weil erstmals in der Geschichte der BRD die undemokratische Fünfprozenthürde für gleich zwei bürgerliche Parteien zum Hindernis wurde. An dieser Stelle scheint mir noch ein weiterer Hinweis notwendig: Ebenfalls erstmals in der BRD-Geschichte sind mehr als 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler entweder durch Nichtwahl oder die Fünfprozenthürde nicht mehr im Parlament vertreten. Damit wird sich die Politik- und Demokratiedistanz im Volk erhöhen. Die große Anzahl von Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind auch und vor allem für DIE LINKE ein strategisches Problem. Sie gehören überdurchschnittlich Milieus an, die zu unseren Zielgruppen zählen, Menschen mit niedrigem Einkommen und verkürzten Bildungsbiografien, die man nicht mit mehr Talkshows und Zeitungen, sondern höchstens durch mehr konkrete Präsenz vor Ort noch erreicht. So entsteht eine verstärkte Schieflage der gesellschaftlichen Repräsentanz der Wählenden und ein Teufelskreis aus sich wechselseitig verstärkender Wahlabstinenz sozial Benachteiligter und eine deren Interessen vernachlässigenden Regierungspraxis. Eine niedrige Wahlbeteiligung ist sozial ungerecht. Die moderne Demokratie wird damit weiter entkernt.

Ich habe diese gesamtgesellschaftlichen Vorgänge auch deshalb genauer unter die Lupe genommen, weil sie neben den direkten Auswirkungen einer Großen Koalition in Berlin nach

meiner festen Überzeugung auch auf die Landtagswahl 2014 in Sachsen eine prägende Kraft entwickeln werden. Die Situation ist im Freistaat sogar politisch noch brisanter und risikobehafteter für uns: es gibt hier nicht mal im Ansatz eine rechnerische Mehrheit für Rot-Rot-Grün; noch viel weiter sind wir von einer gesellschaftlichen Mehrheit entfernt. Es existiert seit vielen Jahren keine Wechselstimmung im Freistaat, keine gesellschaftliche Dynamik in diese Richtung und keine entscheidende außerparlamentarische Bewegung; es gibt darüber hinaus keinen Hegemonieverlust der CDU auf den entscheidenden Politikfeldern. Und wenn das alles nicht schon schlimm genug wäre: Wie sich rot und grün gerade beim Wettbuhlen um die CDU auf Bundesebene gründlich gehäutet haben, befinden sich SPD und Grüne auch auf Landesebene in diesem Mauserungsprozess. Der Wettlauf um die Gunst der sächsischen Union und damit die Rolle des Juniorpartners nach einem etwaigen Ausfall der FDP hat längst begonnen. Die SPD hat letzte Woche auf ihrem Landesparteitag in Annaberg einen ersten Vorsprung erzielt; ich bin mir aber sicher, dass Frau Hermenau mit den Grünen bald nachziehen wird. Nur DIE LINKE kann angesichts dieser Konstellation glaubwürdig zeigen, dass eine Stimme für uns keine Stimme für eine CDU-geführte Regierung ist. Angesichts der Wahlergebnisse vom 22. September im Freistaat und der herrschenden Stimmungslage in Sachsen kann das erste Wahlziel der sächsischen LINKEN daher nur lauten: wir müssen mit aller Macht die absolute Mehrheit der CDU im Freistaat am 31. August oder am 6. Juli 2014 verhindern – je nachdem, wann die Wahl stattfindet. Zur Landtagswahl werde ich mich aber heute mit Rücksicht auf unseren Gastredner nicht weiter äußern, zumal ich ja bereits auf dem Landesparteitag am 1. September und auf dem Kleinen Parteitag am 28. September aus meinen Auffassungen keinen Hehl gemacht habe.

Damit will ich zur Bewertung der Bundestagswahlen aus der Leipziger Perspektive kommen. Dazu hat es am 1. Oktober eine sehr gut besuchte Basiskonferenz gegeben, deren Resultate umfassend auf unserer Internetseite veröffentlicht wurden. Unser Wahlkampfleiter Ricky Burzlaff hat heute ein entsprechendes Papier mit zehn Schlussfolgerungen vorgelegt, die ich weitgehend teile. Besonders die letzte Konsequenz will ich uns allen ans Herz legen. Die sozialen und demografischen Strukturen der einzelnen Ortsteile müssen wir genauer analysieren und mit den Bundestagswahlergebnissen in den einzelnen Stimmbezirken vergleichen, damit wir zielgenauer und differenzierter einzelne Wahlkampfaktivitäten vor Ort planen und durchführen können.

Nach einem strapaziösen Wahlkampf möchte ich zunächst an dieser Stelle allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern der Leipziger LINKEN meinen herzlichsten Dank aussprechen. Zwischen dem bundesweiten Auftakt am 28. August auf dem Markt und dem Spendenlauf im Universitätsklinikum am 22. September mit Bärbel und Mike, hat der gesamte Stadtverband vorbildlich gekämpft und kann durchaus stolz auf die am Ende erzielten Ergebnisse sein. Ich kann jetzt unmöglich alle Aktivitäten und Veranstaltungen aufzählen, denn vom Griechenlandabend über das Schindewitzfest bzw. das Fest „Ab nach Süden“, von den Streikunterstützungsmaßnahmen bei Amazon oder dem Besuch bei der Frühschicht von Porsche und BMW, haben wir uns über Wochen im Wahlkampf nicht geschont. Ich will an dieser Stelle aus Zeitgründen stellvertretend für unsere vielen fleißigen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer nur unseren Plakatkönig Siggie Mai nebst Peter Pippel sowie Eva Firesch und Ursula Kleinhenz nennen und bitte um Eure Nachsicht, dass viele weitere Namen jetzt nicht genannt werden, obwohl sie es natürlich alle verdient hätten. Ohne die genannten vier wären am Standort der Firma Grundmann nicht von 55 Genossinnen und Genossen in 443 Stunden insgesamt 2.502 Plakate geklebt worden; auch die Zahl der Einsatzstunden der roten Feuerwehr, unfallfrei gelenkt von Genossen Jürgen Goßrau, lag übrigens auch im dreistelligen Bereich.

Durch das Engagement hunderter Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer konnten wir in Leipzig dem Bundestrend partiell trotzen. Während auf Bundesebene die Verluste bekanntlich 27,7 Prozent und auf Landesebene noch 18,4 Prozent betragen, lagen sie bei auf Stadtebene lediglich bei 13,7 Prozent. Da wir somit am wenigsten verloren haben, konnten wir im landesweiten Maßstab im Vergleich zu 2009 punkten und erzielten in unseren beiden Wahlkreisen mit Dr. Barbara Höll und Mike Nagler diesmal das zweit- und drittbeste Zweistimmenergebnis im Vergleich der 16 Wahlkreise in Sachsen. Vor vier Jahren waren das noch Platz fünf und sechs. Damit steigerte der Stadtverband seinen Anteil am Gesamtergebnis des Landesverbands von 12,5 auf fast 14 Prozent; während wir 2009 jede achte Stimme zum Gesamtwahlergebnis der LINKEN in Sachsen beitrugen, war es 2013 immerhin jede 7,5 Stimme.

Leider wurden wir für diesen Einsatz am Ende nicht belohnt, denn es fehlten in Sachsen etwas über 14.000 Stimmen für den neunten Platz und den damit verbundenen Wiedereinzug von Bärbel. Damit sind wir erstmals seit 1990 nicht mehr im Bundestag vertreten. Das ist sehr schmerzlich für die Leipziger LINKE - besonders aber für Bärbel, die uns viele Jahre zunächst in Bonn und dann in Berlin engagiert vertrat. Für dieses vielfältige Engagement möchte ich an dieser Stelle Bärbel ganz ausdrücklich danken. Es ist hier heute nicht Zeit und Ort für einen politischen Nachruf, denn Bärbel bleibt uns mit ihren vielfältigen Erfahrungen erhalten. Ich kenne und schätze sie seit 1990. Sie ist eine gestandene Frau und wird auch in dem nun beginnenden neuen Lebensabschnitt, der leider durch einen Todesfall in der Familie überschattet wird, ihren Weg konsequent weiter geht. Wir stehen ihr dabei solidarisch zur Seite.

Mit dem Verlust des Mandats von Bärbel sind auch schmerzliche Einschnitte für unsere Infrastruktur verbunden, denn z.B. wird es ab 1. November das Bundestagsbüro im Liebknecht-Haus nicht mehr geben. Erfreulicherweise können wir aber das Büro in der Gorkistrasse halten und auch Ausfälle im linxxnet weitgehend vermeiden, weil sich Monika Runge, Conny Falken und ich künftig noch stärker für beide Büros finanziell engagieren. Meinen speziellen Dank und Anerkennung möchte ich an dieser Stelle auch Mike Nagler zollen. Er hat sich mit seinen oftmals parteilosen Unterstützerinnen und Unterstützern sehr tapfer im Wahlkampf geschlagen. Leider war der Bundestrend auch im umkämpften Leipziger Süden nicht zu stoppen; ein respektabler zweiter Platz, wieder deutlich vor Ex-OBM Tiefensee, sprang aber immerhin heraus.

Gestattet mir aus gegebenem Anlass abschließend noch eine persönliche Bemerkung zu diesem Thema. Schon vor, mehr noch aber nach dem 22. September waren hier und da Stimmen im Stadtverband zu vernehmen, die mir die Hauptverantwortung, ja gar die eigentliche Schuld dafür zuwiesen, dass die Leipziger LINKE nicht mehr im Bundestag vertreten ist. Es ist eine alte Weisheit, dass der Erfolg viele Väter und gegebenenfalls auch Mütter hat, die Niederlage hingegen ist Vollwaise. Ich bin der letzte, der sich vor persönlicher Verantwortung drückt und wiederhole deshalb die entsprechende Passage aus meinem Referat auf dem letzten Stadtparteitag, als ich am 29. Juni über die Listenaufstellung in Schkeuditz sagte: „Der Leipziger Stadtverband war am 27. April nach meiner Einschätzung nicht ge- und entschlossen genug im Auftreten, um gegen starke innerparteiliche Konkurrenz genügend Unterstützung für Bärbels Kandidatur zu entwickeln; da räume ich auch eigene Fehler ein, vor allem bei der Organisation von Fürreden haben wir nach dem Wechsel des Nominierungsverfahrens nicht schnell und professionell genug reagiert; offenkundig wirkten sich auch Grabenkämpfe und Auseinandersetzungen der jüngsten Vergangenheit an diesem Tag nachteilig aus.“ Zu dieser Einschätzung stehe ich auch heute noch. Ich verwahre mich aber gegen eine Denkungsart einiger Mitglieder, die ich seit vielen Jahren zur Genüge kenne:

sie läuft darauf hinaus, dass ich für alle wirklichen oder vermeintlichen Misserfolge in Leipzig verantwortlich bin, mit den Erfolgen und Siegen des Stadtverbandes hingegen angeblich nie etwas zu tun habe. Wenn mich jetzt ausgerechnet einige derjenigen Genossinnen und Genossen, die in den letzten Jahren nicht gerade als innigliche Unterstützer von Bärbel aufgefallen sind, zum alleinigen Sündenbock machen wollen, sage ich an deren Adresse: diese Rollenzuweisung, die auf einer von Krokodilstränen durchtränkten Blauäugigkeit basiert, werde ich mir nicht gefallen lassen.

Damit möchte ich zu den nächsten Aufgaben der Leipziger LINKEN überleiten. Die vor uns liegenden Monate bis zum Sommer 2014 werden hauptsächlich von den drei bevorstehenden Wahlkämpfen geprägt sein. Der Vorbereitungsstand auf diese Wahlen ist naturgemäß recht unterschiedlich, zumal bei den Landtagswahlen der Termin wie gesagt noch immer nicht fest steht. Um diesbezüglich keine Kaffeesatzleserei zu betreiben, konzentriere ich mich heute auf die Wahlen, die wir zu verantworten haben, die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014. Ihr wisst, wir haben erklärtermaßen ein ehrgeiziges Ziel: erstmals möchten wir diese Wahlen gewinnen und als stärkste Partei in den Stadtrat einziehen. Die Voraussetzungen dafür sind durchaus gegeben und wir haben vieles selbst in der Hand. Die personelle Situation ist m.E. günstig wie nie: dank des Projekts 10 mal 10 haben wir derzeit 106 Kandidierende, das ist fast doppelt so viel wie 2004 und 2009. Mit diesem Pfund müssen wir wuchern. Über einen speziell von Pia Witte eingerichteten Mailverteiler werden unsere Kandidierenden regelmäßig mit Infos, Materialien und Einladungen versorgt. Wir bieten darüber hinaus ein von Ilse Lauter betreutes Weiterbildungsprogramm an, das aus insgesamt drei modulartig miteinander verzahnten Veranstaltungen besteht, von denen die erste in dieser Woche erfolgreich durchgeführt wurde.

Auch inhaltlich sind wir schon ein wesentliches Stück vorangekommen. Euch liegt der Entwurf sowohl des Kommunalwahlprogramms als auch eines Zukunftspapiers vor; über beide Texte beginnt heute nicht nur die parteiinterne, sondern auch die öffentliche Diskussion, die bis zur endgültigen Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms auf dem nächsten Parteitag am 8. Februar 2014 gehen wird. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei der Redaktionsgruppe, namentlich also bei Skadi Jennicke, Bernhard Krabiell, Christina Mertha, Dietmar Pellmann, Franziska Riekewald und Steffen Wehmann für die bislang geleistete Arbeit ganz herzlich zu bedanken. Was inhaltlich zu diesen beiden Papieren zu sagen ist, wird nachher Franziska bei ihrer Einbringungsrede leisten.

Ich will nur auf einen Prozess hinweisen, den wir alle bei der weiteren Debatte um die endgültige Fassung sowohl dieser beiden Dokumente als auch der angestrebten Ausarbeitung von speziellen Wahlprogrammen für die zehn Wahlkreise nicht aus dem Auge verlieren sollten: Die allenthalben bejubelte demografische Entwicklung in Leipzig vollzieht sich innerhalb der Stadt sozialräumlich sehr differenziert. Wachsenden, jungen Ortsteilen stehen schrumpfende, alternde Ortsteile gegenüber. Weiterhin sind der Osten und der Westen die Schwerpunkträume der integrierten Stadtentwicklung: hier lohnt sich das gründliche Studium des Sozialreports 2012. Dieses soziale Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft, das räumlich mitunter nur 1-2 Kilometer voneinander entfernt stattfindet und vor allem viele Kinder trifft, muss uns permanent beschäftigen. Nicht zuletzt wegen der sehr unterschiedlichen Wahlbeteiligung bzw. des Wahlverhaltens, das künftig auch zu Anpassungen unseres jeweiligen Wahlkampfes vor Ort führen sollte. Hier sollten wir die bevorstehenden Mitgliederversammlungen im November und Dezember in den Stadtbezirksverbänden eben nicht nur zur Wahl der jeweiligen Delegierten bzw. Vertreter, sondern auch zur konkreten inhaltlichen Debatte nutzen. Dazu sollten wir auch auf neue Erkenntnisse aus den eigenen Reihen zurückgreifen. Hier in diesem Saal hat genau vor einer Woche unter Federführung von

Dietmar Pellmann die 7. Armutskonferenz der Landtagsfraktion stattgefunden. Sie war personell hochkarätig besetzt, hätte aber mehr Resonanz auch aus den Reihen des Leipziger Stadtverbandes verdient gehabt. Wer sie verpasst hat, kann zumindest in Dietmars Broschüre „Chancengleichheit für sächsische Kinder bei zunehmender sozialer Ungleichheit?“ wichtige Erkenntnisse nachlesen.

Zumindest die Mitglieder der AG Soziale Politik nahmen aktiv an der Armutskonferenz teil. In dieser Woche wurden die SprecherInnen der AG turnusmäßig neu gewählt. Ich freue mich sehr, dass neben dem bisherigen Sprecher Frank Elian die Genossin Odette Gleininger als Sprecherin neu gewählt wurde. Odette hat über Jahre gemeinsam mit dem Verband der alleinerziehenden in Sachsen SHIA den Tag gegen Armut auf dem Nikolaikirchhof organisiert, an dem auch immer die AG Soziale Politik beteiligt war. Sie kennt also die sozialen Gegebenheiten in der Stadt Leipzig und ist allein durch ihr bisheriges Engagement bei SHIA eine Bereicherung für die AG Soziale Politik. Als Kinderkrankenschwester im St. Georg ist es ihr darüber hinaus ein Anliegen, den großen und wichtigen Bereich der Gesundheitspolitik im Stadtverband mehr in den Fokus zu rücken. Ich bin mir sicher, dass sie mit ihrer beruflichen Kompetenz in der Lage ist, entsprechende Akzente in unserem Stadtverband zu setzen.

Gestattet mir aus gegebenem Anlass bitte auch einige Bemerkungen zur Öffentlichkeitsarbeit. Der eine oder andere hat es sicherlich schon bemerkt, dass sich im Layout des Mitteilungsblattes einiges getan hat. In der Druckausgabe behutsam, in der Onlineausgabe dagegen vernehmlicher, wurde ein völlig neuer Weg eingeschlagen. War das Mitteilungsblatt bisher im Internet lediglich ein Spiegelbild der Druckausgabe und dadurch wenig benutzerfreundlich, so wurde das Layout der Onlineausgabe nun den Lesegewohnheiten der Nutzerinnen und Nutzer im Internet angepasst. Aber auch die Webseite wurde, soweit dies im Rahmen des vorgegebenen CMS–Layouts möglich war, übersichtlicher gestaltet. Im Rahmen dieser Überarbeitung wurde auch mehr innerparteiliche Transparenz geschaffen, indem die Tagesordnungen und Protokolle des Stadtvorstandes auf die Webseite online gestellt. Jeder im Saal weiß, dass dahinter eine Menge Arbeit steckt, für die ich mich an dieser Stelle bei Pia ganz herzlich bedanken möchte. Die Mühen haben sich gelohnt, denn die Zugriffszahlen - gerade auch während des Bundestagswahlkampfes - auf unserer Webseite und auf der Facebookseite des Stadtverbandes sind respektabel und auch das Online-Mitteilungsblatt im neuen Design erfreut sich einer steil wachsenden Beliebtheit. Natürlich kann man auch ein gutes Produkt weiter verbessern und so wird sich nicht nur Pia über weitere Anregungen sicher freuen.

Damit will ich zum Schluss meines Referates kommen. Wir haben vorhin mit Georg Büchner angefangen und ich will ihn jetzt noch einmal zu Wort kommen lassen, denn sein Scharfsinn und seine Sprachkraft sowie sein Röntgenblick für die Machtverhältnisse, veralten nicht und sind bis heute aktuell geblieben. Einer dieser Süssensätze lautet: „Man wirft den jungen Leuten den Gebrauch von Gewalt vor. Sind wir aber nicht in einem ewigen Gewaltzustand? Weil wir im Kerker geboren und großgezogen sind, merken wir nicht mehr, dass wir im Loch stecken mit angeschmiedeten Händen und Füßen und einem Knebel im Munde.“

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.